

---

Wir fragen Sie, sehr geehrter Herr Dr. Meuthen, was sie für die **Sicherheit der Juden** und des **Staates Israel** und gegen den zunehmenden **Antisemitismus** unternehmen werden:

1. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um den zunehmenden **Antisemitismus** in Deutschland und in anderen Ländern der Europäischen Union zu bekämpfen?  
Die AfD wird sich auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen jeder Form des Antisemitismus entgegenstellen. Dies gilt für politisch motivierten Antisemitismus, egal ob von rechts oder links, genauso wie für religiös oder durch andere Begründungen motivierten Antisemitismus.
2. In welcher Form werden Sie sich für die einzige Demokratie im Nahen Osten, den **Staat Israel**, einsetzen?  
Einer der Garanten für den Fortbestand Israels wird die Bewahrung der christlich-jüdischen kulturellen Prägung Europas sein, der Erhalt seines humanistischen Erbes aus der europäischen Renaissance sowie der Prinzipien der Aufklärung. Ein potentiell mögliches, zukünftiges Europa muslimisch geprägter Gesellschaften würde als Unterstützer der Unabhängigkeit Israels ausfallen, bis hin zu der Frage, ob die für Israel wichtigen Handelsströme über das Mittelmeer in der bisherigen Art und Weise weiter garantiert werden könnten, wenn alle Zugänge ins Mittelmeer muslimischer Einflussnahme und Kontrolle unterlägen. Dies auch im Kontext der BDS-Bewegung.
3. Wie werden sie sich verhalten, wenn im **EU-Parlament** eine **antisemitische Hetzrede** - wie die des Palästinenser-Präsidenten Mahmud Abbas vom 23. Juni 2016 - gehalten wird und Abgeordnete einer solchen Hetzrede applaudieren?

Wir werden dies missbilligen und verurteilen und Abgeordnetenkollegen für derlei Verhalten an den Pranger stellen sowie auch das Präsidium des Hauses zu einer klaren ablehnenden Stellungnahme auffordern. In den Gremien des Hauses werden wir entsprechend unserer Mittel auf eine Verurteilung und Gegenmaßnahmen hinwirken.

Dass diese eine Rede von Abbas möglich war, zeigt, dass der frühere EU-Parlamentspräsident Martin Schulz in seiner Position auf ganzer Linie versagt hat. Schulz Auslassungen vor der Knesset und die Bemerkungen seines SPD-Parteifreundes Sigmar Gabriel, der Israel als Apartheitsstaat bezeichnet hat, zeigen, dass die sozialdemokratischen Parteien ein tiefgreifendes Problem mit dem Staat Israel haben. Die europäische Linke kommt immer weiter ins Fahrwasser des muslimischen Antisemitismus. Leider sehen wir diese beunruhigende Entwicklung in vielen EU-Staaten, etwa auch bei der britischen Labour-Party unter Jeremy Corbyn, die von einem Antisemitismusskandal zum nächsten schlittert.

4. Was werden Sie gegen die Versuche der sogenannten **BDS-Bewegung** unternehmen, Israel durch Boykottmaßnahmen wirtschaftlich, politisch und kulturell zu schaden?  
Der wirtschaftliche, akademische und kulturelle Schaden für Israel durch die BDS-Bewegung ist bisher eng begrenzt. Die AfD wird sich auf allen politischen Ebenen gegen Boykottaufrufe und Boykottaktionen vornehmlich linker politischer Parteien und NGOs

gegen Israel einsetzen. Wer BDS unterstützt, dokumentiert damit, dass er aus der europäischen Geschichte nichts gelernt hat, in der Boykottaktionen gegen jüdische Händler oft Vorboten schlimmerer Ereignisse waren.

5. Wie sehen Sie die **Zukunft für Juden und Araber** für ein friedvolles, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben unter Berücksichtigung der berechtigten Sicherheitsinteressen Israels?

Die AfD setzt sich für eine Zwei-Staatenlösung des seit Jahrzehnten bestehenden Konfliktes zwischen dem israelischen Staat und den Palästinensern ein. Dabei gilt es, die Interessen sowohl der israelischen Staatsbürger als auch der Palästinenser und der palästinensischen Flüchtlinge zu berücksichtigen. Eine dauerhafte Lösung kann unseres Erachtens nur auf dem Verhandlungswege erreicht werden, was auf Seiten der Palästinenser zuerst einen Konsens über die Ziele und den Weg dorthin voraussetzt. Dieser Verhandlungsprozess muss international begleitet, und das erreichte Ergebnis muss international garantiert werden.

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten **europäischen Steuergelder** nicht mehr dafür missbraucht werden, Terroristen zu alimentieren und Hetze gegen Israel in Schulbüchern etc. zu fördern?

Ziel der AfD ist es, die Entwicklungspolitik der EU wieder auf die nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedsstaaten zurückzuführen. Damit bekäme Deutschland wieder einen unmittelbaren Zugriff auf diese Finanzströme. Staaten, in denen Korruption, Vetternwirtschaft und Missmanagement vorherrschen, sind von der Entwicklungshilfe auszuschließen. Das würde auch für die palästinensische Autonomiebehörde gelten. Budgethilfe begünstigt die Mittelverschwendung und ist daher einzustellen. Die Entwicklungshilfe muss einer strikten Verwendungskontrolle und einer regelmäßigen unabhängigen Evaluierung der Ergebnisse unterzogen werden. Humanitäre Hilfe sollte Aufgabe der Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen sein.

7. Wie werden Sie vorgehen, damit die dauernden einseitigen Verurteilungen Israels in den Versammlungen und Gremien der **Vereinten Nationen** endlich aufhören?

Da keine Nation für sich die Zusammensetzung der verschiedenen UN-Gremien bestimmen kann, in den betreffenden Gremien auch kein Vetorecht existiert, bleibt einer zukünftigen AfD-geführten Bundesregierung die Option, als Mitglied in den betreffenden Gremien konsequent für die Belange Israels einzutreten, das in den Abstimmungen auch zu dokumentieren und anschließend wirkmächtig in der Öffentlichkeit zu vertreten. Eine andere Möglichkeit würde dahingehen, die Mitgliedschaft und damit die Finanzierung der entsprechenden UN-Gremien zu beenden, wie das andere Nationen bereits vollzogen haben.

8. Was werden Sie tun, um der fatalen Rolle der Flüchtlingsorganisation **UNRWA** in der Perpetuierung des israelisch-palästinensischen Konflikts ein Ende zu bereiten?

Das UNRWA perpetuiert mit der ständigen Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs und damit der Anzahl der Fürsorgeberechtigten den Opferstatus der Palästinenser. Letztendlich wird damit einer Integration der Palästinenser in die arabischen Aufnahmeländer entgegen gearbeitet und der status quo in den palästinensischen Gebieten des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens zementiert. Das UNRWA ist für seine innere Korruption und seinen strukturellen Antisemitismus bekannt. Daher sind die weitere Mandatsverlängerung seitens der UN zu prüfen und die weitere Finanzierung dieser Organisation durch Deutschland zu beenden.

9. Wie werden Sie mit der Forderung der Vereinten Nationen an Israel, die **Golanhöhen** zurückzugeben und die dort lebende Bevölkerung einem menschenverachtenden Diktator auszuliefern, umgehen?

Die AfD setzt sich für die Achtung des Völkerrechts und dabei insbesondere für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Gleichzeitig fordern wir die Einhaltung des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten durch andere Mächte. Auf den Golanhöhen lebt nach wie vor, z.B. in der Stadt Majdal al Shams, eine große Zahl syrisch-stämmiger Araber, denen ein Mitspracherecht bezüglich des zukünftigen Status ihrer Heimat zusteht. Deshalb lehnt die AfD eine derzeit diskutierte einseitige Annexion der Golanhöhen durch Israel ab. Ein solches Vorgehen würde eine dauerhafte Feindschaft mit Syrien begründen, zusätzlich die internationale Reputation Israels negativ beeinflussen und die inneren Grundlagen und die freiheitlich-demokratische Verfasstheit des israelischen Gemeinwesens beschädigen. Die Golanhöhen haben aufgrund ihrer geographischen Bedingungen und als Quellgebiet des Jordan und anderer Flüsse eine immense strategische Bedeutung, sowohl für Israel als auch für Syrien und den Libanon. Nach Ansicht der AfD kann der zukünftige Status der Golanhöhen nur in einem umfassenden Friedensvertrag der beteiligten Staaten mit internationalen Garantien bestimmt werden.

**10. Welche Schritte planen Sie gegen die Existenzbedrohung Israels durch das iranische Regime?**

Wie wollen Sie angesichts des geplanten Abzugs der amerikanischen Truppen aus Syrien verhindern, dass das Iranische Regime das entstehende Machtvakuum nutzt und die Bedrohung Israels verstärkt?

Entscheidend wird sein, zuverlässig und nachprüfbar die Entwicklung von Kernwaffen durch das iranische Mullah-Regime zu unterbinden. Die AfD wird alle internationalen Maßnahmen unterstützen, die nachvollziehbar diesem Ziel dienen. Dies vorausgesetzt, dürften die IDF, auch mit internationaler Unterstützung, bis auf weiteres in der Lage sein, die Sicherheit Israels zu garantieren.

In Bezug zu Syrien wird aus unserer Sicht dort kein Machtvakuum entstehen, da sich das Assad Regime soweit stabilisiert hat, dass es wieder große Teile Syriens kontrolliert und zusätzlich durch die Anwesenheit russischer Truppen ein stabilisierender Faktor verbleibt. Außerdem wächst der Einfluss Chinas und Indiens in der Region beständig. Beide Staaten dürften kein Interesse an Chaos und sicherheitspolitischer Eskalation im Nahen und Mittleren Osten haben, sondern Stabilität zur wirtschaftlichen Entwicklung bevorzugen. Sie dürften mäßigend eingreifen.

Der Versuch, das Assad-Regime durch Unterstützung radikal-sunnitischer Organisationen wie Al-Qaida und IS zu stürzen und damit einen als Bedrohung empfundenen „schiitischen Halbmond“ vom Iran, über Irak, Syrien bis zum Libanon zu verhindern, ist gescheitert. Als schwere Hypothek wird diese strategische Fehlentscheidung der Obama-Administration weiter auf dem Nahen Osten lasten, da dadurch der Grundstein für den gewachsenen Einfluss der Hisbollah und der iranischen Revolutionsgarden in Syrien gelegt wurde, die zusammen mit den russischen Streitkräften in kritischen Phasen des Krieges den Zusammenbruch des Assad-Regimes und damit der staatlichen Ordnung in Syrien mit verhindert haben.

Grundsätzlich setzt sich die AfD für den Abzug aller fremden Truppen aus Syrien ein, insbesondere der Hisbollah und der iranischen Revolutionsgarden. Darüber hinaus befürwortet die AfD eine friedliche Einigung der syrischen Regierung mit den Kurden im Nordosten des Landes auf dem Verhandlungswege. Im Ergebnis soll es zu einer friedlichen Kooperation zum gegenseitigen Vorteil kommen, die eine umfassende Autonomie der kurdischen Gebiete und des kurdischen Volkes garantiert und damit zu einer innerstaatlichen Stabilisierung Syriens führt. Vor diesem Hintergrund dürfte anschließend auch eine Lösung für die mit türkischer Unterstützung noch von Rebellen und Al-Qaida kontrollierten kleineren Gebiete im Nordwesten Syriens gelingen.

Israel seinerseits steht vor der Frage, zu entscheiden, ob und wie es sich positiv in die syrischen Friedensbemühungen einbringen kann, und ob es nicht grundsätzlich sinnvoll wäre, säkulare arabische Regierungen im unmittelbaren israelischen Umfeld zu stützen, mit ihnen zu kooperieren, zur wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen und andererseits

jede Zusammenarbeit mit radikal-muslimischen Staaten, ob schiitisch oder sunnitisch, zu beenden.

Deutschland hat naturgemäß ein großes Interesse an einem Friedensschluss in Syrien, da dadurch die Möglichkeit zur Repatriierung Hunderttausender syrischer Flüchtlinge nach der Genfer Konvention und mit subsidiärem Schutzstatus verbunden wäre. Die AfD würde, auch im Sinne der Antwort zu Ihrer Frage 2, deshalb alle Bemühungen Israels in Hinblick auf einen dauerhaften Friedensschluss und Ausgleich mit dem syrischen Staat unterstützen.